

Soldatenrat

(Frank Preiß, April 2009)

Das Wetter meinte es nicht sonderlich gut mit jenen knapp drei Dutzend Frauen und Männern, die sich aus allen Teilen Deutschlands am vergangenen Wochenende zum 78. Treffen des Arbeitskreises DARMSTÄDTER SIGNAL (AkDS) nach Bad Frankenhausen auf den Weg gemacht hatten. Freilich sind es die Teilnehmer, die Mehrzahl von ihnen aktive Soldaten der Bundeswehr, gewohnt, dass ihnen ein scharfer Wind um die Nase weht. Bestehen sie doch darauf, ein kritisches Forum für Staatsbürger in Uniform zu sein. Bedenkt man, wie schwer es schon Menschen in so genannten zivilen Berufen gemacht wird, sich in ihren Wirkungsbereichen kritisch zu verhalten, dann verblüfft das Ansinnen der Soldaten zunächst.

Militär und Kritik sind Dinge, die man sich wirklich nicht automatisch als zusammengehörig vorstellt. Soldaten haben schließlich Befehle auszuführen und zu gehorchen. Die Politik suggeriert außerdem, dass das Recht in den vergangenen Jahrzehnten genügend Sicherungen eingebaut hat, die verhindern, dass das Militär aus dem Ruder läuft. Zweifelsohne ist die Bundeswehr eine „Parlamentsarmee“. Dass das noch lange nicht ausreicht zu verhindern, dass ein Angriffskrieg vom Zaun gebrochen wird, konnten wir beim Angriff der NATO auf das UNO-Mitglied Jugoslawien im März 1999 beobachten.

Die Politik bestimmt die Marschrichtung und den Auftrag der Streitkräfte. Schon Clausewitz wusste: „Politik hat den Krieg erzeugt; sie ist die Intelligenz, der Krieg aber bloß das Instrument, und nicht umgekehrt.“ Und gerade da setzen die „Signaler“ an. Was nützen alle politischen Kontrollen und Vorgaben, wenn die Politik selbst Gesetze und Kontrollmechanismen vorsätzlich unterläuft.

Die Menschheit kennt Krieg und Streitkräfte seit Jahrtausenden und genauso alt ist der Traum vom ewigen Frieden. Der Weg dahin ist jedoch lang und steinig. Darauf hinzuwirken, dass die gesellschaftlichen Bedingungen, die die militärische Gewalt produzieren und reproduzieren, so schnell wie möglich abgeschafft werden, ist aber nicht genug. Wir sitzen nach wie vor auf einem Pulverfass. Es kommt deshalb darauf an, hier und heute Wege und Möglichkeiten einer Demilitarisierung der Politik und der Gesellschaft zu finden. Jeder noch so kleine Schritt ist wichtig. Lässt man die Politik weiter wie bislang werkeln, sind die Folgen nicht abzusehen. Daher bedarf es der breiten Kooperation aller an der friedlichen Konfliktlösung Interessierten, die Soldaten mit eingeschlossen.

Das „Darmstädter Signal“ ist in seiner Art wohl einmalig. Als im September 1983 Zeit- und Berufssoldaten der Bundeswehr an die Öffentlichkeit gingen, um ihr deutliches NEIN zur Stationierung neuer Atomraketen in Europa zu sagen, wusste freilich noch niemand, dass aus dieser Aktion ein ständiger Arbeitskreis entsteht, der sich nicht nur regelmäßig trifft, sondern der auch klare Forderungen an die Politik formuliert und begründet. Zum Beispiel: Absoluter Vorrang friedlicher Konfliktlösungen vor militärischen Einsätzen, Stärkung der UNO und OSZE, Abzug der US-

Atomstreitkräfte aus Büchel, Abbau aller Massenvernichtungsmittel weltweit, Verkleinerung der Bundeswehr auf ca. 120.000 Soldaten, Abschaffung der Wehrpflicht, keine Beteiligung an friedens erzwingenden Kampfeinsätzen, Demokratisierung der Streitkräfte.

Wer so an den Festen und Dogmen der etablierten Militärpolitik rüttelt, kann sich sicher sein, von den Massenmedien meist geflissentlich übersehen zu werden. Daran ändert auch die Tatsache nichts, dass ab und an „Signaler“ doch unüberhörbar von sich reden machen. Das war der Fall, als sich Hauptfeldwebel Christiane Ernst-Zettl im Frühjahr 2005 in Kabul einem Befehl widersetzte, der dem Kriegsvölkerrecht offensichtlich widersprach.

Dazu gehört sicher Mut. Ein Gesprächsteilnehmer forderte daher eine Tapferkeitspflicht von Soldaten, wenn es darum gehe, Recht und Gesetz auch zu verteidigen.

Schaut man sich den vom Darmstädter Signal herausgegeben Rundbrief 1/2009 an, so wird erschreckend klar, auf welchem schmalen Pfad der Gesetzlichkeit die Bundesrepublik und ihre Streitkräfte taumeln. Diese Erkenntnis ist in verschiedenen politischen Lagern, wenn auch in unterschiedlichen Nuancierungen, anzutreffen. Daher findet man auf der Mitgliederliste des Förderkreises des AkDS auch einige prominente Namen aus der Politik.

In den von Frau Hauptfeldwebel Ernst-Zettl in Bad Frankenhausen moderierten Gesprächsrunden diskutierten die Teilnehmer unter anderem die „Möglichkeiten und Grenzen des Parlamentsvorbehaltes im Kontext bündnispolitischer Verpflichtungen“ sowie „Bundeswehr und Angriffskrieg“, vor allem aus dem Blickwinkel der rechtlichen Fragen des weltweiten Einsatzes der Bundeswehr. Schließlich einigte man sich auf zwei Pressemitteilungen. (Anlage)

Unübersehbar deutet sich ein Generationswechsel beim Darmstädter Signal an. Es ist zu hoffen, dass eine neue Riege kritischer Soldaten in die Stapfen des langjährigen verdienten Vorstandssprechers Oberstleutnant a.D. Helmut Pries tritt.

Den vielen interessanten, bisweilen emotional gefärbten und auch kontroversen Diskussionsbeiträgen ist zu wünschen, dass sie nicht ungehört im regnerischen März am Kyffhäuser verhallen.